

Sinnloses Gesetz



Die USA überraschen immer wieder damit, dass sie alles und jedes im Leben ihrer Bürger – und sei es noch so komplex und vielfältig – gesetzlich regeln wollen. Anwälte schnüffeln und mischen sich überall ein, schaffen ein unangenehmes Klima, wo jeder jeden für jede Kleinigkeit vor den Richter ziehen kann. Vermutlich erinnern Sie sich noch an den Prozess, in welchem eine Hausfrau klagte, dass ihre Katze im Mikrowellenofen explodierte, als sie diese darin trocknen wollte, und Recht erhielt, weil die Gebrauchsanweisung keine entsprechende Warnung enthielt ...

Der New York «Palliative care information act» [1] ist seit dem 9. Februar 2011 in Kraft. Kurz gesagt, muss ein Arzt, der einen Patienten mit terminaler Erkrankung nicht richtig über die Pflege, die verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten usw. informiert und berät, mit einer Busse von 5000 \$ oder im Wiederholungsfall mit einer einjährigen Gefängnisstrafe rechnen. In Kalifornien gilt ein ähnliches Gesetz bereits seit 2009, weitere Staaten dürften folgen.

Bei genauerer Betrachtung sieht man, dass eine solche Regelung nicht nur nicht umsetzbar ist, sondern auch zu einem Klima von Misstrauen zwischen Arzt und Patient führt. Kaum etwas erfordert mehr Feingefühl, als mit einem schwerkranken Patienten über seine Prognose, den Tod und noch verbleibende therapeutische Möglichkeiten zu sprechen. Und kaum etwas ist schwieriger vorherzusagen als die Zeit, die ein Patient noch zu leben hat. Jeder von uns hat schon erlebt, dass ein Krebspatient überraschend zum Beispiel an einer Lungenembolie verstarb, bevor man mit ihm diese Möglichkeit besprechen konnte (wäre das übrigens auch sinnvoll gewesen?). Wird da nun das Gesetz zugeschlagen? Und wie, wenn ein Patient, den man auf einen baldigen Tod vorbereitet hat, noch Monate lebt? War es richtig, ihn zu verängstigen, nur um dem Gesetz Genüge zu tun? Wann und wie soll man mit den Patien-

ten und ihren Angehörigen über diese Probleme sprechen? Ein Gesetz wird uns da nicht weiter helfen. Nur mit grossem gegenseitigem Vertrauen, über Monate und Jahre geduldig aufgebaut, gestützt auf eine gewisse Lebensweisheit von Seiten des Arztes (auch das lässt sich erlernen), kann eine tragfähige Beziehung entstehen. Kein Gesetz kann so etwas «erzwingen». Jeder Patient ist anders: Die einen wollen über alles im Detail informiert sein, andere – oft Ältere – möchten es lieber dem Arzt überlassen, einfühlsam zu entscheiden, was er wissen soll – eine Art erwünschter Bevormundung. Das Gesetz differenziert da nicht.

Wer soll praktisch überprüfen, ob der Arzt adäquat und korrekt informiert und den Patienten moralisch unterstützt hat? Etwa ein unter dem Schreibtisch oder hinter dem Vorhang versteckter Anwalt? Da werden Probleme legalistisch angegangen, die dem Verständnis eines Juristen fremd sind. Checklisten Punkt für Punkt abhaken, nur um sicher zu sein, nichts gesetzlich Vorgeschiedenes zu vergessen: wahrlich grosse Heilkunst ... Kürzlich erreichte uns aus den USA eine Flut hässlicher Bilder, in denen ein einst Mächtiger dieser Welt wegen vermuteter Vergewaltigung vorgeführt wurde – dort gängige Praxis (das Ganze übrigens von den europäischen Medien bereitwillig aufgenommen). Nun wollen sie einen Bereich gesetzlich regeln, der das Zentrum unseres Berufsstolzes bildet: die von Einfühlung und Vertrauen geprägte zwischenmenschliche Beziehung. Ich hoffe, dass es bei uns niemals zu einer derartigen Pervertierung der Beziehung zwischen Arzt und Patienten kommen wird. Dieser «Palliative care information act» ist zu simpel, schematisch und praktisch nicht anwendbar. Schlicht stupid ...

Antoine de Torrenté

1 Astrow AB, Popp B. The palliative care information act in real life. N Engl J Med. 2011;364:1885–7.